

**Armin Staigis**

Governor Nominee

Präsident RC Chemnitz-Schlossberg

**Rotary**  
Distrikt 1880



**Europas Sicherheit zu Zeiten von Corona, nach der Deutschen  
EU-Ratspräsidentschaft und den US-Wahlen**

**Halbjahreskonferenz des Rotary Distrikts 1880, 16. Januar 2021, Online**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Verehrter Governor, lieber Thomas,  
sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten,  
liebe rotarische Freundinnen und Freunde,

sehr gerne spreche ich heute über Europa zu Ihnen, nicht nur weil es mein besonderes Interesse, meine Passion ist. Sondern ich tue es, weil es das Projekt unseres Governors Thomas Fink ist. Thomas hat uns aufgefordert darüber zu reden. Dem will ich heute gerne mit Euch, mit Ihnen nachkommen.

Eine zweite kurze Vorbemerkung: ich trage diese Gedanken heute zum fünften Mal in den letzten drei Monaten vor. Jedes Mal habe ich mein Konzept umschreiben müssen. Und das nicht nur wegen der geforderten unterschiedlichen Länge der Vorträge oder wegen des natürlichen Bemühens, es beim nächsten Mal besser zu machen.

Nein, der Hauptgrund war, dass mich die Ereignisse geradezu immer wieder überrollt haben. Es zeigt die unglaubliche Dynamik des Geschehens in dieser Welt und unserer Zeit, in der wir leben.

Dieses erneute Umschreiben hat nun dazu geführt, dass ich meine Ausführungen zu Europas Sicherheit mit Bemerkungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika einleite.

Seien wir uns bewusst, dass unsere europäische Sicherheit in einem weit gefassten Verständnis, also weit über das Militärische hinaus, höchst abhängig von den USA ist. Das gilt für die Terrorabwehr durch nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, im digitalen Raum für die Cyberabwehr. Es gilt gleichermaßen für die Abhängigkeit bei weltraumgestützten Satellitensystemen, aber auch bei der sicheren Abwicklung globaler Finanzdienstleistungen. Und im Militärischen sowieso, da die USA derzeit etwa 75 Prozent der militärischen Fähigkeiten der NATO stellen. Und noch wichtiger als all dies: spätestens seit dem 06. Januar 2021 ist mit dem vom Präsidenten selbst initiierten Sturm auf das Capitol ein tiefer Riss mitten

durch diesen „Leuchtturm der Freiheit“ so offensichtlich. Das muss uns auch in Europa sehr besorgen.

Und dann ist da noch die Covid-19-Pandemie, als wohl das einschneidendste Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg, mit bisher fast 2 Millionen Toten weltweit und dem größten globalen Wirtschaftsrückgang der Nachkriegsgeschichte. Die Corona-Bekämpfung ist zugleich auch zu einem Wettstreit der politischen Systeme, der politischen Ordnungen geworden. Amerikaner und Europäer sehen dabei derzeit nicht gut aus. Aber gerade das Land, aus dem das Virus seinen Weg in die Welt nahm, könnte am Ende als Sieger hervorgehen: nämlich China. Corona ist aber auch eine Chance zur multinationalen Zusammenarbeit. In der EU ist dies erkannt, nach anfänglichen verheerenden Rückfällen in Nationalismen. Jetzt haben wir einen Aufbaufonds und EU-Haushalt in Höhe von 1.8 Billionen Euro, sogar gekoppelt an einen Rechtsstaatsmechanismus. Ein großer Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft.

Ein weiteres positives Beispiel könnte die schnelle Herstellung und zügige und gerechte Verteilung der Impfstoffe werden. Auf europäische Initiative hin, ist es gelungen, einen multilateralen Verbund von 180 Staaten – COVAX - zu bilden. Übrigens bisher ohne die USA, die erstmals in ihrer jüngeren Geschichte in einer globalen Krise keine aktive, gar führende Rolle einnehmen.

Aber diese Pandemie führt keineswegs dazu, dass andere Entwicklungen auf unserem Globus angehalten werden oder nicht stattfinden. Dazu nur einige wenige Beispiele: Krisen und Konflikte bleiben ungelöst, insbesondere in der europäischen Nachbarschaft. Im Kaukasus, in Äthiopien kommen neue hinzu. Terror, jetzt wieder islamistischer Terror, wird weiterhin in Europa verübt. Man denke nur an die Anschläge in Dresden, Paris, Nizza und Wien.

China ist inzwischen zu einer Weltmacht aufgestiegen, zunächst auf „leisen Sohlen“, und in diesem Prozess vom Westen leider nur unzureichend erkannt. Für die USA und die EU ist China heute eher ein Rivale denn ein Handelspartner. Parallel dazu erstickt die Kommunistische Partei Chinas die Freiheit ihres eigenen Volkes und exportiert inzwischen offensiv und selbstbewusst ihr autoritäres Modell, um die internationale Ordnung zu ihren Gunsten umzugestalten.

Und Russland? Präsident Putins Politik zur Demokratieeindämmung, sein kompensatorischer Nationalismus, seine Politik zur Schaffung von geografischen Einflusszonen und die Verletzung des Völkerrechts sind nicht zukunftsfähig. Russland kann sich unter Putin nicht reformieren. Wenn der derzeitige Kurs also beibehalten wird, kann Russland nur zum Verlierer der nächsten Jahrzehnte werden. Es wird keine globale strategische Macht mehr sein, vielleicht sogar zu einem Juniorpartner Chinas degenerieren. Aber all das würde Russland auch so gefährlich machen, besonders für uns Europäer.

Und innerhalb der Europäischen Union gibt es ernsthafte Auseinandersetzungen um unsere eigenen Werte. Vor einigen Wochen benannte Präsident Emmanuel Macron dies wie folgt: „Der Kampf unserer Generation in Europa wird ein Kampf für unsere Freiheiten sein. Weil sie umkippen.“ Er sprach zudem von einem sich in Europa verbreitenden „Prinzipienrelativismus“. All dies wird durch den Rückgriff auf nationalistische Denkweisen ergänzt und verstärkt.

Letztlich steht hier nicht weniger auf dem Spiel als unsere Art zu leben, nämlich die offene Gesellschaft, die liberale Demokratie, die soziale Marktwirtschaft. Betrachten wir diese Entwicklungen in ihrer Gesamtheit, so ist festzustellen, dass die tektonischen Platten des globalen Machtgefüges begonnen haben, sich zu bewegen, nicht zum Vorteil Europas und schon gar nicht zugunsten der USA, also des Westens als Ganzes.

Was ist deshalb zu tun? Ich mache drei Vorschläge:

**1. Die Europäische Union muss sich endlich zu einem Akteur auf globaler Ebene entwickeln, um in Zukunft Frieden, Sicherheit, Fortschritt und Wohlstand in und für Europa gewährleisten zu können.**

Dies erfordert jedoch einen Paradigmenwechsel: Die EU wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als interner Friedensstifter geschaffen. Sie sah sich als gemeinsamer Markt, als wirtschaftlicher Akteur, aber nicht als globale politische Macht. Um es noch prägnanter auszudrücken: Das europäische „Geschäftsmodell“ bestand aus dem europäischen wirtschaftlichen Fortschritt unter einer amerikanischen Sicherheits- und Schutzgarantie.

Diesem Modell wurden schon in den letzten Jahren mehr und mehr die Grundlagen entzogen. Und es wird in dieser Form auch nicht wiederkommen. Es bedarf daher eines grundsätzlich veränderten Ansatzes. Europa wird sich in dieser neu entstehenden Welt nicht als eine Gruppe von Nationalstaaten behaupten können, die sich in jeder Frage mühsam zusammenraufen. Zu oft scheitert sogar das.

Europa kann künftig nur noch gemeinsam für seine Werte eintreten und seine Interessen vertreten, das heißt integriert und vernetzt. Dies sollte nicht zu einer langwierigen ideologischen Debatte über „europäische Souveränität“ oder „europäische Autonomie“ führen. Sondern es bedarf konkreter pragmatischer Schritte, um die Regeln einer neu entstehenden Weltordnung mitschreiben sowie in Krisen und Konflikten eigene Lösungen finden und durchsetzen zu können. Dies erfordert einen zielführenden strategischen Dialog. Die Fragen, wie Europa sich schützt und gegebenenfalls verteidigt, sind dabei zu beantworten. Nennen wir es einen strategischen Kompass, wie er schließlich von Deutschland während seiner EU-Ratspräsidentschaft initiiert wurde.

Das wird aber nur erreichbar und umsetzbar zu sein, wenn einige europäische Mitgliedstaaten bereit sind, in einem für alle offenen Prozess voranzuschreiten und die Weichen zu stellen. Eine Art „Kern-Europa“ oder ein „Europa mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, wie es Wolfgang Schäuble und Karl Lamers schon 1994 vorgeschlagen haben. Hierzu fehlt es immer noch an dem notwendigen politischen Willen. In der Verantwortung stehen hier zuvörderst Deutschland und Frankreich, unter Mitnahme aller anderen EU-Staaten, die bereit sind, diesen Weg zu gehen.

Deutschland muss dabei endlich zu einer „Kultur der Verantwortung“ gelangen, auch wenn es um die Anwendung von „harter Macht“, von „hard Power“ geht. Das ist und bleibt schwierig für unser Land, nach den Traumata des letzten Jahrhunderts. Wir Deutschen wollen in unserem Innersten nie wieder weltpolitikfähig werden. Wir müssten auch strategisches Denken wieder neu erlernen. Am liebsten wäre es uns wohl, wenn wir nach dem Präsidentenwechsel in Washington wieder in einen süßen Schlummer zurückfallen und von einer Welt träumen könnten, in der es wieder „Onkel Joe“ – im wahrsten Sinne des Wortes – für uns richten wird. So hat es vor Kurzem Bernhard Kohler in der FAZ wohl sehr treffend ausgedrückt.

**2. Ich komme nun zu meinem zweiten Punkt, muss aber dabei mit einer Vorbemerkung auf meinen ersten Punkt noch einmal zurückgreifen. Mein Plädoyer für eine globale europäische Handlungsfähigkeit ist weder ein Aufruf, die transatlantische Brücke ein- oder gar abzureißen, noch die NATO in Frage zu stellen, ganz im Gegenteil.**

Das kann und darf nicht zu europäischer Politik werden. Wie eingangs erwähnt, wir Europäer müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in Fragen unserer eigenen Sicherheit immer noch von den USA abhängig sind, und auch noch einige Zeit bleiben werden. Aber das „Outsourcing“ der europäischen Sicherheit nach Washington muss so bald wie möglich beendet werden. Oder die Amerikaner werden es selbst beenden. Wir als Europäer müssen unsere eigenen Fähigkeiten aufbauen, um den europäischen Pfeiler dieser transatlantischen Brücke

wiederherzustellen. Aber auch, um im Fall der eigenständigen Verfolgung europäischer Interessen handlungsfähig sein zu können. Das wird uns Zeit und Geld kosten; aber wenn wir nicht anfangen, werden wir auch nicht ans Ziel kommen. Wir müssen endlich beginnen, unsere Hausaufgaben zu machen.

Und machen wir uns mit Blick auf die USA nichts vor. Ab dem 20. Januar wird Präsident Biden seine ganze Kraft vornehmlich nach innen richten müssen, um eine gezielte Bekämpfung der Pandemie einzuleiten, um der Vertiefung der inneren Spaltung des Landes bestmöglich entgegenzuwirken, um die sich verschärfenden wirtschaftlichen Probleme anzugehen, ja, um Amerika als die „Zitadelle der Freiheit“ wieder zu errichten. Denn nur ein im Innern gefestigtes Amerika wird wieder in der Lage sein, seine Rolle als westliche Weltmacht wahrzunehmen.

Wenn es dann um Außenpolitik gehen wird, dürfte einem Präsidenten Biden als erstes China einfallen, wohl kaum Europa. Sicher wird sich vieles für uns Europäer zum Besseren wenden. Der amerikanische Ton und die Interaktion werden wieder zivilisiert. Partner und internationale Organisationen werden ihre wichtige Rolle wiedererlangen. Aber die Biden-Administration könnte auch eine Arbeits- und Aufgabenteilung mit uns Europäern anstreben: Ein möglicher Ansatz hierzu wäre, die Europäer kümmern sich um ihre Nachbarschaft, also um Osteuropa und Russland, den Nahen und Mittleren Osten und Afrika. Und die Amerikaner wenden sich noch stärker als bisher dem Indo-Pazifik zu, insbesondere der Volksrepublik China und anderen globalen Problemen. Ich stelle nur einmal die Frage, ob wir als Europäer das könnten und auch wollten, angesichts der damit verbundenen Lasten und Verantwortlichkeiten. Ich kann Ihnen darauf hier und heute keine klare Antwort geben, aber ich glaube, wir müssen es in unserem eigenen Interesse tun. Letztendlich brauchen wir mehr Europa, nicht weniger Amerika.

**3. Nun zu meinem dritten und letzten Punkt: Zur Stärkung der künftigen transatlantischen Beziehungen sollte die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einen breiteren politischen Kontext eingebettet werden.**

Woran könnte dabei gedacht werden? Drei Themenfelder will ich nennen:

Erstens, eine gemeinsame transatlantische Initiative zur Überwindung dieser Covid-19-Pandemie im Rahmen der globalen COVAX-Initiative. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Biden-Administration davon überzeugt werden könnte, daran mitzuwirken, so dass die Produktion, Finanzierung und gerechte Verteilung der Impfstoffe weltweit besser sichergestellt werden könnte.

Zweitens, die Entwicklung einer gemeinsamen transatlantischen Wirtschafts- und Handelspolitik, um eine baldige Erholung von den negativen Folgen dieser Pandemie in unseren Staaten und auch in weniger entwickelten Ländern zu erreichen. Hier sollten die EU, die USA und Kanada schnell und proaktiv handeln, gerade in Afrika, und dies eben nicht den Chinesen überlassen.

Und drittens, Europäer und Amerikaner müssen wieder einen gemeinsamen Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels und der Beendigung der Umweltzerstörungen auf diesem Planeten finden. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die natürlichen Lebensgrundlagen auf dieser Erde für uns und die kommenden Generationen zu erhalten. Als ersten Schritt dazu, sollten wir als Europäer den Wiedereintritt der Vereinigten Staaten in das Pariser Klima-Abkommen unterstützen und fördern.

Erfolgreiche Bemühungen in diesen Politikfeldern könnten dann auch den Weg für neue zukunftsweisende gemeinsame Ansätze in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung ebnen, so auch bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen.

Eine **Schlussbemerkung:**

Auf beiden Seiten des Atlantiks sollte jetzt die Chance genutzt werden, sich auf unsere gemeinsam getragenen Werte rück zu besinnen, die nationalen Egoismen zu beenden und allen autokratischen Verführungen zu widerstehen.

Und für uns als Europäer, insbesondere auch für uns Deutsche gilt es, sich von einer Politik des „Sich-Raushaltens“ zu verabschieden, in der trügerischen Hoffnung, dass es andere schon richten werden. Das Schaffen einer europäischen Handlungsfähigkeit auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ist die zwingende Zukunftsaufgabe.